

Büro Hans-Dietrich Genscher

Wesentlicher Inhalt der Rede

von Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher

bei der Festveranstaltung der F.D.P.-Fraktion aus Anlass des  
10. Jahrestages der Unterzeichnung des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“

am 12. September 2000 in Berlin

Sperrfrist: Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort!

Heute vor zehn Jahren setzten die Außenminister der beiden deutschen Staaten, Ministerpräsident Lothar de Maizière und ich, und die Außenminister der für Deutschland als Ganzes verantwortlichen Mächte, nämlich Roland Dumas für Frankreich, Douglas Hurd für Großbritannien, Eduard Schewardnadse für die Sowjetunion und James Baker für die USA in Moskau ihre Unterschrift unter den 2+4-Vertrag. Der Name 2 + 4 brachte zum Ausdruck, dass die beiden deutschen Staaten in eigener Verantwortung mit den vier Mächten über die Zukunft Deutschlands verhandeln und nicht die vier Mächte über die Deutschen. Der offizielle Name des Vertrages lautet in der nüchternen Vertragssprache: Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland. Der Vertrag öffnete den Weg für die Einheit Deutschlands und damit des ganzen Europa. Vorausgegangen war ein fünfmonatiger Verhandlungsmarathon der sechs Außenminister und ihrer Mitarbeiter, auf der Seite der Bundesrepublik vor allem von Dieter Kastrup und Frank Elbe. Den schwierigen Gesprächen über die Einsetzung der Konferenz bei dem Open-Skies-Treffen der Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Pakts in Ottawa folgte eine Serie von Treffen der Außenminister in Bonn, Ost-Berlin, Paris und Moskau, daneben zahlreiche bilaterale Treffen. Allein mit Außenminister Schewardnadse kam ich fünf Mal zusammen. Begleitet wurde die Konferenz von zahlreichen Kontakten und Treffen der Staats- und Regierungschefs, auf unserer Seite vor allem durch das Treffen im Kaukasus. Während der Unterzeichnungszeremonie stand hinter den Außenministern der Präsident der Sowjetunion, Michail Gorbatschow. Ich freue mich, dass er heute unter uns ist und dass er zu uns sprechen wird. Es ist schwer vorstellbar, der Ereignisse vor 10 Jahren zu gedenken und bei einer solchen Veranstaltung Michail Gorbatschow nicht dabei zu haben. Ohne die mutige Politik von Michail Gorbatschow und Eduard Schewardnadse wäre Deutschlands Einheit weder zu jenem Zeitpunkt noch in dieser Form möglich gewesen. Sie haben Europa und die Welt zum Besseren verändert. Zehn Jahre nach meiner Unterschrift unter den 2+4-Vertrag danke ich Michail Gorbatschow für alles, was er für die Einheit unseres Landes und für die Einheit Europas getan hat. Wir Deutschen werden ihm das niemals vergessen. Den Botschafter Georgiens bitte ich, diesen Dank auch dem damaligen Außenminister der Sowjetunion und heutigen Präsidenten Georgiens, Eduard Schewardnadse zu übermitteln. Nach der Unterzeichnung des 2+4-Vertrages bat mich Michail Gorbatschow in einen benachbarten Raum. Dort sagte er, in der Vergangenheit habe er oft harte Gespräche mit mir führen müssen, jetzt wolle er mit mir darüber sprechen, wie unsere beiden Staaten ein neues Europa schaffen können, ohne dass das zum Nachteil für Andere führt. Das wollte der Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit, den Eduard Schewardnadse und ich am darauf folgenden Tag paraphierten. Am 9. November

1990 wurde er von Michail Gorbatschow und Helmut Kohl in Bonn unterzeichnet. Dieser Vertrag war Ausdruck des gemeinsamen Willens, ein „neues Europa“ – wie es wörtlich heißt – zu schaffen. Wir sind uns wohl alle bewusst, was es für Michail Gorbatschow bedeutete, den Weg von Glasnost und Perestroika zu gehen, auch mit einer Außenpolitik, die für uns die Einheit unseres Landes ermöglichte. Diese Politik gab den Völkern des gesamten sowjetischen Machtbereichs ihr Recht zurück, in Freiheit und in Unabhängigkeit über ihr Schicksal selbst zu entscheiden. Wie schwer dieser Weg für Michail Gorbatschow und auch für seine Familie, und vor allem für seine Frau Raissa war, das wurde neun Monate später im Kaukasus deutlich. Auf unserem Wege vom Verhandlungsraum zum Fluss, hin zu dem Platz, an dem das Foto entstand, auf dem wir rund um einen Holztisch sitzen, ergriff Raissa Gorbatschowa meine Hand und sagte: „Sie müssen sich bewusst sein, was mein Mann mit seiner Politik gegenüber Deutschland auf sich nimmt. Herr Genscher, auch Deutschland muss seine Zusagen einhalten.“ Wir haben das getan und wir werden das auch in Zukunft tun.

Es war ein langer Weg von meiner ersten Begegnung mit Michail Gorbatschow am 21. Juli 1986 bis zu dem 12. September 1990, an dem der 2+4-Vertrag unterzeichnet wurde. Dazwischen lag auch der 1. Februar 1987, an dem ich in Davos den Westen davor warnte, eine historische Chance zu versäumen, als ich dazu aufrief, Gorbatschow ernst zu nehmen, ihn beim Wort zu nehmen, was heißen sollte, ihm zu vertrauen. Das fand damals noch nicht überall Beifall.

Es war ein noch längerer Weg zu der Unterzeichnung des 2+4-Vertrages von dem Brief zur deutschen Einheit, der Bestandteil des Moskauer Vertrages 1970 mit der Sowjetunion und des Grundlagenvertrages mit der DDR von 1972 wurde. In diesem Brief wurde als Ziel deutscher Politik bezeichnet, „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wieder erlangt“. Das war das erste politische Konzept für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in einem europäischen Rahmen. In jedem Jahr von 1974 an habe ich in meiner Rede vor den Vereinten Nationen dieses Ziel erneut bekundet und nicht selten bin ich gefragt worden, ob das tatsächlich noch unser Ziel sei. Es hat geschmerzt, wenn solche Fragen auch von Deutschen gestellt wurden. Die Bundesregierung der Jahre 1989/90 konnte auch deshalb ihren Beitrag zur deutschen Vereinigung leisten, weil wir – und das sage ich ganz persönlich an Helmut Kohl gewandt – stets von einander wussten, dass für uns die deutsche Einheit Herzenswunsch und das unverrückbare Ziel unserer Politik ist.

In dieser Stunde möchte ich bekunden: Ich bin stolz darauf, dass der Brief zur Deutschen Einheit die Unterschrift meines Freundes und Amtsvorgängers, unseres Ehrenvorsitzenden, des damaligen Außenministers Walter Scheel trägt.

Der Brief zur Deutschen Einheit war kein unverbindlicher Wunschzettel der Regierung Brandt/Scheel, er wurde Bestandteil der Ostverträge, des Moskauer Vertrages und des Grundlagenvertrages mit der DDR.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der 2+4-Vertrag war die Krönung einer Politik, die - wie im Brief zur Deutschen Einheit gefordert - die Lage in Europa grundlegend verändert hatte. Der Vertrag wurde abgeschlossen in dem Bewusstsein, wie es wörtlich heißt „der historischen Veränderungen in Europa, die es ermöglichen, die Teilung des Kontinents zu überwinden“. Die Unterzeichner handelten - wie der Vertrag es auch formuliert - eingedenk „der Prinzipien der in Helsinki unterzeichneten Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“. Und sie taten das in Anerkennung, dass diese Prinzipien feste Grundlagen für den Aufbau einer gerechten Friedensordnung in Europa geschaffen haben. Die Schlussakte von Helsinki, anfangs heiß umstritten in Deutschland, hatte den Prozess der grundlegenden Veränderungen in Europa möglich gemacht. Im Klima des kalten Krieges hätten West und Ost nicht so aufeinander zugehen können. Es erfüllten sich alle Hoffnungen, die Bundeskanzler Helmut Schmidt und ich 1975 mit der Unterzeichnung der Schlussakte verbunden hatten. Es entsprach unserer Forderung nach Kontinuität in der deutschen Außenpolitik, dass die aktive Politik der Nutzung des KSZE-Prozesses auch nach dem Regierungswechsel 1982 fortgesetzt wurde.

Die deutsche Vereinigung war alles andere als eine Laune der Geschichte. Sie war das Ergebnis einer langfristig angelegten Politik. Sie basierte auf der festen Einbindung unseres Landes in die Europäische Gemeinschaft und in das westliche Bündnis, die NATO. Und sie war das Ergebnis der mutigen und entschlossenen Vertragspolitik mit dem Osten und unserer aktiven Mitwirkung im KSZE-Prozess. Die Ost-Verträge und die Schlussakte von Helsinki waren Außenpolitik aus deutscher und europäischer Verantwortung.

Für Helmut Kohl und mich war es 1989 entscheidend, dass wir uns auf ein besonderes Vertrauensverhältnis sowohl zu den USA wie auch zur Sowjetunion stützen konnten. Die

Bundesrepublik Deutschland wurde 1989 von den beiden Weltmächten als ihr wichtigster europäischer Partner anerkannt. Der amerikanische Präsident Bush lud am 31. Mai 1989 in Mainz einer „partnership in leadership“ ein. Was das für uns an Unterstützung bedeutete, erfuhren wir während der 2+4-Verhandlungen. Michail Gorbatschow eröffnete bei seinem Besuch in Washington Ende Mai 1990 in den Gesprächen mit Präsident Bush den Weg für die NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland. In den 2+4-Vertrag fand das mit dem Artikel 6 Eingang, der besagt: „Das Recht des vereinten Deutschland, Bündnissen mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten anzugehören, wird von diesem Vertrag nicht berührt.“ Auch hier zeigte die Schlussakte von Helsinki ihre Wirkung, denn dort war das Recht auf freie Entscheidung für die Zugehörigkeit zu einem Bündnis schon 1975 bekräftigt worden. George Bush und James Baker, den beiden bewährten Freunden unseres Landes möchte ich von Herzen danken für das, was sie damals für Deutschlands Einheit getan haben. Das hat die freundschaftlichen Gefühle unseres Volkes für das amerikanische Volk noch vertieft. Am 12. Mai 1989 kam der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse nach Bonn, um die gemeinsame Erklärung vorzubereiten, die dann am 13. Juni 1989 von Bundeskanzler Helmut Kohl und Präsident Michail Gorbatschow unterzeichnet wurde. In dieser Erklärung hieß es: „Der Mensch mit seiner Würde und seinen Rechten und die Sorge für das Überleben der Menschheit müssen im Mittelpunkt aller Politik stehen.“ Das Recht aller Völker und Staaten, ihr Schicksal frei zu gestalten, muss sichergestellt werden.“ Das war die Sprache unseres Grundgesetzes und es war ein Bekenntnis zu den Grundprinzipien der Schlussakte von Helsinki. Es wurde deutlich: Auch die sowjetische Führung hatte ihre Entscheidung getroffen. Sie hatte sich entschieden für die immer engere Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland, auf der Grundlage gemeinsamer Werte. Rückblickend kann man feststellen, dass die deutsche Außenpolitik unmittelbar vor dem Eintritt in die dramatischste Phase der Nachkriegspolitik den Höhepunkt ihres internationalen Ansehens und Einflusses erreicht hatte. Beide Großmächte, die mit uns verbündeten USA und die uns nun partnerschaftlich verbundene Sowjetunion, hatten die Bedeutung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland bekräftigt. Mit Frankreich waren wir schon 1988 aufgebrochen zu dem größten Einigungsschritt nach der Gründung der Europäischen Gemeinschaft, nämlich zur Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion. François Mitterrands Erklärung vom 29. November 1989, die Einheit Deutschlands sei eine historische Notwendigkeit, hätte manchen in Deutschland beschämen müssen. Außenminister Roland Dumas unterstützte mich uneingeschränkt in allen in allen Phasen der 2+4-Verhandlungen. Angesichts des Schrecklichen, was seiner Familie unter der deutschen Besatzung angetan wurde, war das

keine Selbstverständlichkeit. Mit Großbritannien verband uns eine bewährte Freundschaft. Es gab das gemeinsame Bekenntnis der Bundesrepublik Deutschland und des Vereinigten Königreichs, das neue Europa auf Freiheit und Demokratie und auf das Selbstbestimmungsrecht zu gründen. Deshalb konnte ich bei den 2+4-Verhandlungen nicht nur auf das Verständnis von Außenminister Douglas Hurd rechnen, sondern ich erfuhr von ihm auch nachhaltige Unterstützung. Eine zielstrebige, berechenbare und verlässliche Außenpolitik nach West und Ost zahlte sich aus.

Aber es bleibt das Verdienst des damaligen sowjetischen Präsidenten, Michail Gorbatschow, dass sich die europäischen Freiheitsrevolutionen friedlich vollziehen konnten, ohne von sowjetischen Panzern erstickt zu werden, wie das vor dem Beginn der Ostpolitik 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei geschehen war. Es war eine europäische Freiheitsrevolution. Perestroika und Glasnost in der Sowjetunion, eine reformkommunistische Führung in Ungarn, Vaclav Havel und seine Mitstreiter in der damaligen Tschechoslowakei, Solidarnosc in Polen, die Bürgerrechtsbewegung und die Montagsdemonstrationen in der damaligen DDR – alle waren darauf gerichtet, Trennendes zu überwinden und mehr Freiheit für den Einzelnen zu erreichen. Das war nur möglich im Klima des Vertrauens, aber bewirkt haben es die Menschen in diesen Ländern mit ihrem Mut, mit ihrer Besonnenheit, mit denen sie ihre Freiheit einforderten. Es ist meine feste Überzeugung: Das Jahr 1989 wird von den Historikern als das europäischste Jahr des 20. Jahrhunderts bezeichnet werden. Niemals zuvor waren die Völker Europas einander so nahe wie damals. Es ist heute unsere Verantwortung, dass dieses Bewusstsein auch in Zukunft erhalten bleibt, wenn wir daran gehen, das neue, das größere Europa zu schaffen. In der DDR folgte dem Ruf der Bürger „Wir sind das Volk“ der Ruf „Wir sind ein Volk“. Weil die Menschen in der DDR ihre Freiheit selbst errungen hatten, waren sie an den 2+4-Verhandlungen durch den Außenminister der ersten frei gewählten DDR-Regierung beteiligt: In den Verhandlungen in Bonn, Ost-Berlin und in Paris durch Außenminister Markus Meckel und in Moskau durch Ministerpräsident Lothar de Maizière, der das Amt des Außenministers mit übernommen hatte. Die Zusammenarbeit mit diesen beiden Männern bedeutet mir noch heute viel, so wie es mir viel bedeutete, dass auch die Menschen in meiner Heimat durch ihre von ihnen freigewählten Repräsentanten mitentschieden, als es um die deutsche Zukunft ging.

Meine Damen und Herren,

der 2+4-Vertrag musste auch die Frage beantworten, was vereinigt werden sollte. Wir hatten

in öffentlichen Erklärungen auf diese Frage schon vorher unsere Antwort gegeben. Vereinigt werden sollten die Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Demokratische Republik und das ganze Berlin. Nicht weniger, aber auch nicht mehr. So stellt denn der 2+4-Vertrag fest: „Das vereinte Deutschland und die Republik Polen bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag.“ Dass Deutschland keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Länder hat, und auch in Zukunft nicht erheben wird, auch nicht gegenüber Polen, hatte ich im Blick auf die bevorstehende deutsche Vereinigung schon am 27. September 1989 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, an den polnischen Außenminister Krzysztof Skubiszewski gewandt, festgestellt. Die Parlamente beider deutscher Staaten nahmen diese Feststellung in ihre EntschlieÙung auf. Die Bestätigung der Endgültigkeit der Außengrenzen, nachdem Hitler mit seinem verbrecherischen Krieg den deutschen Osten schon Jahrzehnte vorher verspielt hatte, bedeutete dennoch für viele Deutsche eine schmerzliche Einsicht. Dennoch trugen auch sie diese Entscheidung im Geiste der Charta der Vertriebenen. Sie taten es in dem Bewusstsein, dass der Teufelskreis von Unrecht und neuem Unrecht, der die Völker Europas immer wieder in blutige Kriege gestürzt hatte, ein und für allemal durchbrochen werden musste. Es war die Sache der Deutschen, nach allem, was von 1933 bis 1945 anderen Völkern angetan wurde, diesen Schritt zu tun. So wurde der Abschluss des 2+4-Vertrages auch zu einem Bekenntnis der damals noch in zwei Staaten lebenden, aber demokratisch verfassten Deutschen, mit einer Politik der Verantwortung und der moralischen Legitimation den Weg in die gemeinsame Zukunft anzutreten.

Den moralischen Postulaten unseres Grundgesetzes folgend, haben wir im 2+4-Vertrag noch einmal auf alle Massenvernichtungswaffen verzichtet. Wir dürfen heute zehn Jahre danach die Erwartung aussprechen, dass die Atommächte ihrer Zusage aus dem Nichtverbreitungsvertrag nach durchgreifender nuklearer Abrüstung endlich Rechnung tragen.

Meine Damen und Herren,  
unvergessen bleibt für mich, was mir am Morgen des 10. November 1989 in Warschau, noch ganz unter dem Eindruck der Öffnung der Mauer, der Bürgerrechtler und spätere Außenminister Polens, Bronislaw Geremek, sagte: „Das ist eine große Stunde auch für Polen, denn wenn Deutschland vereint sein wird, dann wird Polen Nachbar der Westlichen Gemeinschaft sein.“ Ich möchte in dieser Stunde, da wir uns zehn Jahre zurückerinnern an einen Vertrag, der auch unser künftiges Verhältnis zu Polen umfasst, dem polnischen Volk

sagen: Wir Deutschen werden nicht vergessen, dass der Freiheitswille der Polen auch Deutschlands Einheit mit bewirkt hat. Wir bleiben unbeirrbar die Anwälte der Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union. An unsere tschechischen Nachbarn gewandt: Das tschechische Volk mit seinem großen Sohn und Präsidenten Václav Havel ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Europäischen Union. Unseren ungarischen Nachbarn werden wir niemals vergessen, dass es das tapfere ungarische Volk war, das als erstes den Eisernen Vorhang geöffnet hat. Und du, lieber Freund Michail Gorbatschow, hast der damaligen ungarischen Führung die Gewissheit gegeben, dass die Sowjetunion nicht eingreifen wird, wenn Ungarn den Flüchtlingen aus der DDR den Weg von Deutschland nach Deutschland öffnet.

Meine Damen und Herren,

auch der 2+4-Vertrag wurde nur möglich, weil vorher die Völker Europas ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen hatten. Die Deutschen in der damaligen DDR gehörten dazu.

Niemand ist mit leeren Händen in das vereinte Land gekommen, die Deutschen aus der Bundesrepublik kamen mit einer freiheitlichen Demokratie und einer leistungsfähigen marktwirtschaftlichen Ordnung, und die Deutschen aus der DDR kamen mit dem kostbaren Gut selbst und friedlich errungener Freiheit. Das hat unser ganzes Volk in einem ganz ideellen Sinne reicher gemacht. Wenn die Freiheitsgeschichte Europas am Ende des letzten Jahrhunderts geschrieben wird, dann verdanken wir es den Menschen der damaligen DDR, dass wir sagen können: Auch wir Deutschen waren dabei.

Hier in Berlin, in der Hauptstadt des vereinten Landes, möchte ich denen, die ständig über Finanztransfers und Lasten der Einheit klagen, zurufen: Sie verkennen und unterschätzen Bedeutung und Wert von Freiheit! Ich lasse mir durch niemanden und durch nichts meine täglich neue Freude darüber nehmen, dass wir wieder in einem Land in Freiheit zusammenleben können. Im Übrigen sind die Probleme, mit denen wir noch immer im Osten unseres Landes zu kämpfen haben, nicht Lasten der Einheit, sondern Erblasten von 40 Jahren Sozialismus. Und im Westen hätten wir alle Reformen, die jetzt notwendig sind auch durchführen müssen, wenn es die Deutsche Einheit nicht gegeben hätte. Wir hatten zu lange über unsere Verhältnisse gelebt. Im Blick auf die deutsche Zukunft dürfen wir uns das Freiheitsbekenntnis von 1989 auch nicht durch einen neuen Rechtsextremismus beschädigen lassen. Wir müssen ohne Wegsehen und ohne wohlfeile Verharmlosung diesem schlimmen



Ungeist entschlossen entgegentreten. Wir dürfen die wachsende innere Vereinigung nicht verletzen durch den Versuch, den gewalttätigen Rechtsextremismus als ein Problem des Ostens abzutun. Die geistigen Brandstifter sitzen vor allem im Westen, die offenen Hetzer genauso wie die Biedermänner, die für eine schlimme Saat verantwortlich sind.

Meine Damen und Herren,

mit der Unterzeichnung des 2+4-Vertrages konnte Deutschland unabhängig und souverän seinen Platz in der Gemeinschaft der Völker des nicht länger geteilten Europa einnehmen, als das europäische Deutschland, so wie es Thomas Mann fast 40 Jahre vorher bei seiner Rede an die deutsche Jugend gefordert hatte. Aber wir wissen, dass das Europäische Haus noch nicht vollendet ist. Wir wissen, dass es jetzt um das größere Europa geht, so wie die Charta von Paris von 1990 es definiert hat: Um ein Europa der Freiheit, der Demokratie und der Marktwirtschaft. Eben um das gemeinsame Europäische Haus, von dem Michail Gorbatschow als Erster sprach. Und dieses Europa wiederum muss nun seinen Platz einnehmen in einer neuen Weltordnung, es muss sich gemeinsam mit den anderen Regionen der Welt den globalen Herausforderungen stellen. Michail Gorbatschow hat davon schon im Dezember 1988 vor den Vereinten Nationen gesprochen. Wir können als Europäer in die neue Weltordnung eine neue Kultur des Zusammenlebens der Völker einbringen, eines Zusammenlebens, das sich gründet auf Ebenbürtigkeit und Gleichberechtigung.

Mit der Schaffung des größeren Europa vollendet sich für uns Deutsche der glückliche Abschluss einer langen Geschichte. Einer Geschichte europäischer Bruderkriege und zweier Weltkriege, in denen unser Volk, das Volk mit den meisten Nachbarn in Europa, im Herzen unseres Kontinents lebend, immer wieder im Gegensatz zu diesen Nachbarn stand. Zum ersten Mal werden wir nun mit unserem politischen Standort in Übereinstimmung sein mit unserer geographischen Lage. Wir sind mit unserem Bekenntnis von Freiheit, Demokratie und Menschenwürde dort angekommen, wo wir geographisch schon immer gelebt haben, im Herzen Europas. Das ist nicht nur ein Glück für unser Volk, es ist ein Glück für das ganze Europa. In diesem Geist wollen wir mitwirken beim Bau des neuen, des größeren Europa, in dem auch das große russische Volk seinen Platz finden kann.

In dieser Stunde des Rückblicks und des Ausblicks und auch des Dankes verneige ich mich mit großem Respekt und mit Dankbarkeit vor den Menschen, die in der damaligen DDR und in den anderen Staaten des Warschauer Pakts mit großer Verantwortung und mit der Würde,

die nur der Wille zur Freiheit verleihen kann, ihr Schicksal in die Hand genommen haben. Und auch vor Michail Gorbatschow, der mit neuem Denken und mit neuer Verantwortung diesen Willen der Völker geachtet hat. Und ich gedenke der vielen liberalen Freunde, die für ihre liberale und patriotische Haltung ihr Leben verloren oder ihre Freiheit für lange Zeit verloren haben, allen voran Arno Esch, Wolfgang Natonek, Hermann Marx und viele andere.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
der 2+4-Vertrag hat uns Deutschen noch einmal eine große Chance eröffnet. Es ist ein historisches Dokument, so wie die Charta von Paris wenige Wochen später. Wir wollen die neue Chance, die beide Dokumente eröffnen, nutzen im Geiste der Verantwortung, der Brüderlichkeit und der Achtung vor der Würde jedes Menschen für eine bessere Zukunft Deutschlands und Europas. Das ist das Versprechen der Deutschen an die Völker Europas, auch zehn Jahre nach der Vereinigung.